

spaßig. Sie meinen zwar, dem Wähler allerlei Leistungen vorweisen zu können, doch die werden, scheint es, nicht so recht honoriert.

Die österreichische Wirtschaft steht so gut da wie lange nicht mehr. Die Inflation ist niedrig, die Arbeitslosigkeit hält sich mit etwa fünf Prozent unter dem europäischen Schnitt, die marode verstaatlichte Industrie, jahrelang eine milliardenschwere Bürde für jedes Budget, konnte teilweise saniert werden.

Dennoch spricht vieles dafür, daß es dem umtriebigen Populisten Haider gelingt, am 12. März seine vollmundigen Ankündigungen wahr zu machen und den „Altparteien“, wie er sie verächtlich nennt, einen Schlag zu versetzen. Zumindest die Konservativen haben sich offenbar bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht, die FPÖ werde massiv zulegen und in Haider's Wahlheimat Kärnten den Sprung zur Mittelpartei schaffen.

Mitte Februar bestätigte Ex-Kanzleramtsminister Heinrich Neisser von der ÖVP, daß es in seiner Partei auch Überlegungen über einen „fliegenden Koalitionswechsel“ gebe. Das Szenario ist einfach: Wenn die ÖVP Haider seinen erklärten Traum erfüllt und ihn mit ihren Stimmen in Kärnten Landeshauptmann (Ministerpräsident) werden läßt, könnten die Freiheitlichen im Gegenzug den ÖVP-Vizekanzler und Außenminister Alois Mock ins Wiener Kanzleramt heben.

Solche Pläne widersprechen klar dem Koalitionsabkommen zwischen den beiden großen Parteien. Eine kleine Koalition zwischen Volkspartei und Freiheitlichen auf Bundesebene – Kanzler Franz Vranitzky hat für sich und die Sozialisten ein Zusammengehen mit Haider's FPÖ ausgeschlossen – wäre daher allenfalls über Neuwahlen erreichbar.

Am stabilsten erscheinen die Verhältnisse noch im „heiligen Land“ Tirol. Die ÖVP unter Landeshauptmann Alois Partl hat eine Zweidrittelmehrheit im Innsbrucker Landtag.

Anders ist die Lage in Salzburg. Dort zeigt sich ÖVP-Landeshauptmann Wilfried Haslauer höchst besorgt, daß die massierten „Wiener“ Skandale voll auf die Landtagswahlen durchschlagen könnten.

Noch köcheln die Affären um den im Indischen Ozean versenkten Frachter „Lucona“ und um die Bundesländer-Versicherung als Parteienfinanzierungsinstitut, da tauchen neue Enthüllungen zur Affäre um die verstaatlichte Waffenfirma Noricum auf, die 1985 und 1986 illegal Kanonen an den kriegführenden Iran verkaufte.

Der Wiener Affärenreigen dreht sich weiter, und die Salzburger ÖVP verfügt nur über eine schmale Mehrheit von 50,2 Prozent der Stimmen, die am 12. März verlorengehen könnte. Haslauer wäre dann auf die Freiheitlichen angewiesen – wie diese in Kärnten auf die Konservativen.

In dieser prekären Lage landeten die Koalitionäre einige Punkte gegen Haider, als dessen Saubermann-Attitüde beschädigt wurde: Er mußte vor dem „Lucona“-Ausschuß des Wiener Parlaments, der bereits zwei Sozialisten-Granden zu Fall gebracht hat, Kontakte zu dem flüchtigen Hauptbeschuldigten Udo Proksch zugeben.

Und auch die Freiheitlichen Funktionäre haben, genau wie unterdessen zurückgetretene SPÖ-Apparatschiks, vergessen, für Zusatzverdienste, wie Partei-zuwendungen, Steuern zu zahlen. Haider entrichtete für ein von einem Großonkel geschenktes Gebirgstal zwei Mark Vermögensteuer – ganz legal, wie er behauptet.

Doch am flinken Haider scheinen die häßlichen Flecken der Parteienmoral weniger zu kleben als an den permanent belasteten Koalitionsparteien. Er drehte den Spieß wieder um, gibt sich als Opfer einer gezielten Schmutzkampagne der etablierten Mächte – und kommt mit dieser einst vom Bundespräsidenten Kurt Waldheim perfekt geübten Masche zumindest in Kärnten noch besser an als vorher.

Selbst der spektakuläre Parteiaustritt des früheren FPÖ-Obmannes Mario Ferrari-Brunnenfeld – der Haider einst nach Kärnten geholt hatte – konnte die Haider-Getreuen nicht beirren. Ferrari-Brunnenfeld: „Es gibt keine Partei mehr, sondern nur mehr den Jörg“; die Freiheitlichen machten heutzutage einen „minifaschistoiden Eindruck“.

Die „Kärntner Nachrichten“, Organ der FPÖ, gaben jene markige Parole aus, die schon Waldheim trotz aller Angriffe aus der weiten Welt den Wahlsieg brachte: „Jetzt erst recht – Haider.“

SOWJET-UNION

Nur ein Samowar

Gorbatschow in Tschernobyl: Drei Jahre nach der Katastrophe setzt die UdSSR weiterhin auf Kernkraft.

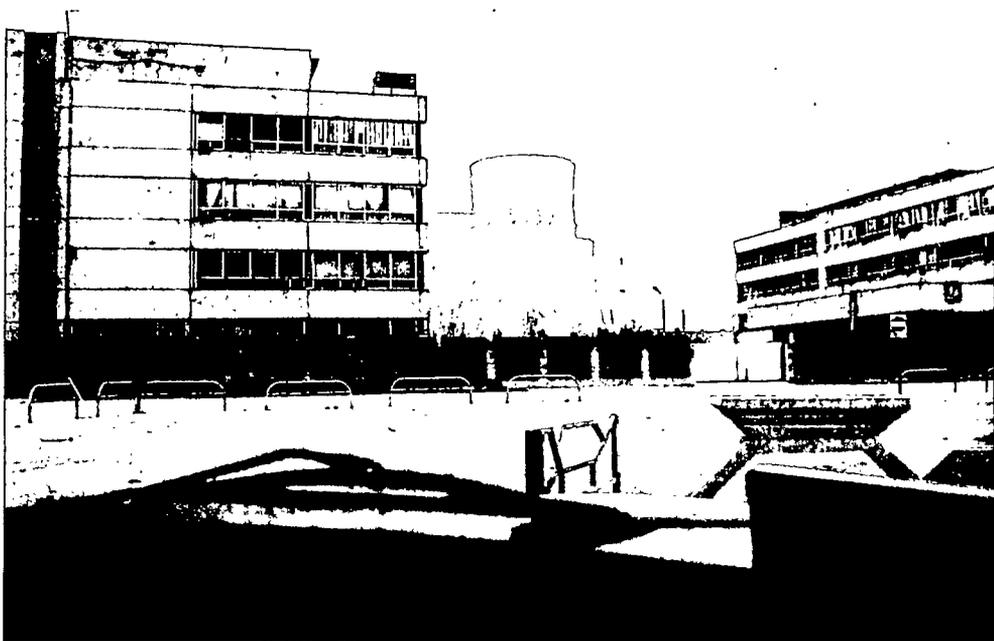
In der Ukraine, wo Tschernobyl liegt, sind sieben Atomkraftwerke im Betrieb oder im Bau. Eines setzt dieses Jahr seinen ersten Reaktor in Gang – auf der zur Ukraine gehörenden Urlaubs-Halbinsel Krim (2,4 Millionen Bewohner), direkt auf einer besonders gefährlichen Kluft im Erduntergrund.

Im Parteiorgan „Prawda“ haben zehn Sowjet-Wissenschaftler Protest eingelegt. Generalsekretär Michail Gorbatschow, darauf angesprochen, suchte Kiewer Bürger zu beruhigen: „Mit diesen Sachen darf man nicht herumspielen, das ist Ernst. Glaubt nicht, wir wollen irgend jemanden austricksen – wir würden uns selbst in die Ecke stellen.“

Danach, am vorigen Donnerstag, besuchte der Parteichef selbst zum erstenmal Tschernobyl. Gleich nach dem Unglück, das vor drei Jahren die Welt das Fürchten gelehrt hatte (31 Tote, 135 000 Flüchtlinge), waren sein Vize Jegor Ligatschow und Premier Nikolai Ryschkow vor Ort gewesen.

Gorbatschow besichtigte nun Kontrollraum und Maschinenhalle des AKW. Drei Reaktoren produzieren mitten im offiziell entseuchten, noch immer geräumten Sperrgebiet (2800 Quadratkilometer) wieder Strom. Nebenan steckt der weiterhin strahlende Unglücksreaktor Nr. 4 in einem Betonsarg.

Fürs übernächste Jahr wird der Bau der Reaktoren Nr. 5 und 6 erwogen.



AKW „Oktemberjan“ bei Eriwan: „Es wird nie etwas passieren“



Tschernobyl-Besucher Gorbatschow (M.): „Wir alle sind Geiseln“

Gorbatschow reiste nach kaum einer Stunde im Zentrum des Bösen noch in die 52 Kilometer entfernte Siedlung Slawutitsch, von wo aus die dort wohnenden AKW-Arbeiter jeden Tag zur Schicht nach Tschernobyl fahren.

In den weiterhin besiedelten Landstrichen rund um die Sperrzone aber haben sich, wie jüngst bekannt wurde, die Krebsfälle, vor allem an Lippen und Speiseröhre, verdoppelt; Schwangeren raten die Behörden zur Abtreibung. Eine Kolchose mit 87 Schweinen zählte voriges Jahr 37 Mißgeburten, auch Kälber ohne Kopf und ohne Glieder wurden geboren – 50 Kilometer hinter Tschernobyl.

Gerade eben hatte auch der Premier von Belorußland, der Ukraine nördlich benachbart, unter dem Druck einer protestierenden „Volksfront“ zugegeben, mangels Strahlenmeßgeräten sei erst jetzt klageworden, daß fast ein Fünftel der landwirtschaftlichen Nutzfläche seiner Republik, mithin 2,4 Millionen Hektar, radioaktiv verschmutzt sei und Hunderttausende Tonnen verseuchtes Getreide anlieferne.

Als Schadenersatz, zum Kauf genießbarer Lebensmittel, erhalten die betroffenen Einwohner einen Rubel pro Tag (drei Mark) und einen Lohnzuschlag von 25 Prozent. Anfang Februar mußten erneut 20 Siedlungen (zuvor: 107) evakuiert werden, weitere Räumungen erklärte Premier Kowaljow für möglich.

Doch die Sowjet-Union, überreich an Öl, Gas, Kohle und Wasserkraft, dazu größter Energieverschwender der Erde, baut weiter Atomkraftwerke; die Planzahl der nächsten 28 Reaktoren vom Tschernobyl-Typ RBMK wurde lediglich auf 21 reduziert.

Immerhin wurde der Bau des dritten Blocks im AKW Ignalina in Litauen

nach Massenprotesten verschoben: Dort sollte ein Reaktor RBMK installiert werden, den der Physiker Walerij Legassow für unzuverlässig erklärt hatte.

Er wußte, wovon er sprach. Legassow war 1986 bei der Bewältigung des Gau von Tschernobyl der verantwortliche Sachkenner vor Ort. Hernach notierte er, ehe er sich voriges Jahr das Leben nahm: „Häufige Rißbildungen an wichtigen Verbindungsleitungen, schlecht funktionierende Schieber, ausfallende Stränge der Reaktoren – so etwas kam jedes Jahr vor ... Wer AKW-Baustellen sah, wunderte sich, wie ausgesprochen schludernhaft auf solchen Objekten gearbeitet werden konnte, wo hier doch höchste Verantwortung geboten war.“

Zum Beweis der „Willkür des Personals“ bewahrte Legassow in seinem Tresor das Protokoll eines Telefongesprächs zwischen Tschernobyl-Technikern kurz vor dem Gau auf:

Anruf: „Hier im Programm steht, was gemacht werden muß, aber dann ist viel durchgestrichen. Was soll ich tun?“

Antwort: „Mach mal lieber das, was durchgestrichen ist.“

Legassow berichtete, man habe den Defekt in der Sicherheitssteuerung des Tschernobyl-Reaktors Nr. 4 vorher gekannt, aber nicht abgestellt. Er zitierte einen Tschernobyl-Direktor: „Was regen Sie sich auf! Ein Atomreaktor ist nichts weiter als ein Samowar, viel einfacher als ein Wärmekraftwerk. Wir haben erfahrenes Personal, es wird nie etwas passieren.“

Physiker Iwan Schescherun berichtete, den Wissenschaftlern würden noch immer einschlägige Informationen vorenthalten. Ein Forschungsinstitut habe das Inhaltsverzeichnis der US-Zeitschrift „Science“ bekommen, in dem der Zen-

sor zwei Artikel-Überschriften geschwärzt hatte: „Glasnost kommt in die Sowjet-Physik“ und „Atomenergie nach Tschernobyl“.

Auch Schescherun erklärte, der Gau sei „keineswegs ein Zufall, mit dem Reaktor RBMK kann so etwas immer passieren. Alle Reaktoren dieses Typs sind prinzipiell explosionsgefährdet“.

Abgeschaltet nach dem Tschernobyl-Schock wurde das Atomkraftwerk „Oktemberjan“ in Medsamor bei Eriwan, Armenien, das einzige im Kaukasus; es belieferte auch den Nato-Staat Türkei.

Bei der Erdbeben-Katastrophe im vorigen Dezember war es wieder in Betrieb. Der 27. Parteitag der KPdSU hatte 1986 sogar beschlossen, ein weiteres, noch größeres AKW in die tektonische Gefahrenzone Armenien zu setzen, dazu eine Atommülldeponie – 24 Kilometer vor Eriwan.

350 armenische Intellektuelle beschwerten sich damals sofort bei Gorbatschow. Sie meldeten bereits 150 schwere Fälle von Austritt radioaktiver Gase und verseuchten Wassers; in der Umgebung von Medsamor sei jede zweite Geburt eine Miß- oder Totgeburt.

Die Führung wurde gewarnt: „Ein AKW in einem Gebiet zu bauen, wo die Wahrscheinlichkeit von Erdbeben der Stärke 5 bis 9 besteht und sich 40 vulkanische Verwerfungen schneiden, das ist eine Praxis, die nicht ihresgleichen in der Anwendung der Atomenergie hat und ein schweres Verbrechen am armenischen Volk darstellt.“

Noch im vorigen September versprach Parteichef Suren Arunujan, Medsamor, dieses „Produkt kurzsichtiger Technopolitik“, werde geschlossen – in drei Jahren. Nach der Katastrophe, die jedoch das AKW nicht beschädigt haben soll, entschied Premier Ryschkow, Medsamor früher abzuschalten – im März 1989.

Auch in Baku wurde daraufhin der Plan eines neuen AKW 50 Kilometer südlich der aserbaidjanischen Hauptstadt fallengelassen. Eine Bahnlinie, eine Straße und eine Wohnsiedlung waren schon errichtet. Jetzt wird daraus ein Wärmekraftwerk mit Erdgas aus dem Kaspischen Meer.

Eines der größten Kernkraftwerke (6000 Megawatt) entsteht jedoch in Ostkarelien, hundert Kilometer von der finnischen Grenze entfernt. Es soll Devisen bringen – durch Stromexport nach Schweden, wo schrittweise bis zum Jahr 2010 alle Reaktoren verschwinden.

Abschalten sei kein Allheilmittel, schrieb die „Iswestija“: „Was sich eines der reichsten Länder der Welt leisten kann, kann sich vorerst die Mehrheit der Länder nicht erlauben.“

Es klang fatalistisch, was Gorbatschow nach seinem Tschernobyl-Ausflug im Stil westlicher Parlamentarier behauptete: „Wir alle sind Geiseln der Atomwirtschaft.“ ♦